

COVID-19 und Herausforderungen für Sexarbeiter*innen in Salzburg

*Die ohnehin schon schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter*innen in Salzburg haben sich durch die COVID-19-Pandemie zusätzlich enorm verschlechtert.*

In den Salzburger Menschenrechtsberichten der letzten Jahre haben wir als PiA Salzburg, Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen, immer wieder von herausfordernden und menschenrechtlich bedenklichen Verfehlungen vonseiten zuständiger Behörden und der Exekutive in Bezug auf den Umgang mit Sexarbeiter*innen in unserer Stadt und in unserem Bundesland berichtet. Wie in vielen Bereichen des Arbeitsmarktes wirkt die COVID-19-Pandemie auch im Bereich der Sexarbeit wie ein Katalysator, der vorhandene Schief lagen verstärkt und sichtbar macht. Da kaum eine Gruppe von Berufstätigen so stigmatisiert ist wie die der Sexarbeiter*innen, steht diese nun vor besonderen Herausforderungen. Dieser Artikel bietet Einblicke in besorgniserregende Entwicklungen im Bereich der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter*innen in Salzburg, die sich durch die bundesweite Einführung des Lockdowns im März 2020 vehement verschlechtert haben.

Pre-Corona: Bordellsterben und Wohnungslosigkeit

Bereits vor März 2020 stand die Salzburger Sexarbeitsbranche vor großen Herausforderungen. In den letzten Jahren gab es im Bundesland Salzburg lediglich Bordellschließungen und keine Neueröffnungen, was die Anzahl der legalen Arbeitsplätze stark dezimierte. Dies ist vor allem dem Salzburger Landessicherheitsgesetz und der darin geregelten

strengen und zum Teil nicht erfüllbaren Auflagen für Bordellgenehmigungen geschuldet. Selbstständiges Arbeiten wie zum Beispiel der Straßenstrich, Haus- und Hotelbesuche sind in Salzburg nicht erlaubt. Durch die Schließungen kam es im Allgemeinen zu einer Verdichtung und Monopolisierung der Betreiberszene in Österreich. Dies ist eine Entwicklung, die sich negativ auf die Arbeitssituation von Sexarbeiter*innen auswirkt. Zusätzlich zur Knappheit legaler Arbeitsplätze waren viele Sexarbeiter*innen von Wohnungslosigkeit betroffen. Einige Bordellbetreiber nutzten diese Situation für sich, um Immobilien, die in ihrem Besitz sind, teuer an Sexarbeiter*innen zu vermieten. Abhängigkeitsverhältnisse solcher Art gilt es zu vermeiden, da sie die betroffenen Personen erpressbar machen. Durch die schlechte Wirtschaftslage gegen Ende 2019 spitzte sich die Situation zunehmend zu.

Entwicklungen zum Zeitpunkt des Lockdowns im März 2020

Als der bundesweite Lockdown angekündigt wurde, sind viele migrantische Sexarbeiter*innen aus der Sichtbarkeit verschwunden. Einige haben es aufgrund der Reisebeschränkungen nicht mehr geschafft, rechtzeitig nach Hause zu fahren. Viele Sexarbeiter*innen, die während des Lockdowns in Salzburg festsaßen, wohnten in geschlossenen Bordellen. Zum Teil wurden sie dort von Betreiber*innen mit Lebensmitteln versorgt.

*„Verunsicherte Sexarbeiter*innen berichten, dass das Gesundheitsamt ihnen stets nahelegt, dass es bald wieder zu einem weiteren Lockdown kommen wird.“*

Manche Sexarbeiter*innen konnten sich Mietwohnungen leisten.

Bestritten haben die Frauen die Lebenserhaltungskosten teilweise durch Erspartes, teilweise durch digitale Formen sexueller Dienstleistungen und teilweise durch Sozialhilfe. Dabei konnten viele Frauen mittels des Härtefallfonds der Plattform Menschenrechte Salzburg unterstützt werden. Dies war jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Härtefallfonds für Selbstständige war für wenige Frauen eine Option, da dafür einerseits eine österreichische Steuer Nummer sowie ein österreichisches Steuerkonto benötigt wurden. Andererseits müssen viele Frauen nach wie vor eine Pauschalsteuer an die Betreiber*innen zahlen. Dies wird, obwohl es gesetzlich untersagt ist, von einigen Bordellbetreiber*innen in Österreich immer noch gerne praktiziert.

Der Beratungsstelle PiA ist es auch gelungen, einige Frauen an Leihfirmen zu vermitteln, die besonders zum Zeitpunkt der sogenannten Hamsterkäufe Arbeitsplätze in Supermärkten bekamen. Da diese Käufe aber wieder abgeflaut sind, haben die Supermärkte diese Kräfte bald wieder entlassen. Wiederum andere Frauen konnten an die Post oder an die Heimbetreuung vermittelt werden.

Aktuelle Lage: Unsicherheiten am Gesundheitsamt

Obwohl die Bordelle im Juli 2020 den Betrieb wieder hochfahren durften, gestaltete sich dieser Prozess sehr schwierig. Das erste Desaster für Sexarbeiter*innen war, dass manche Bordelle ihre Tore gar nicht mehr öffneten. Für die Pflichtuntersuchung, die alle sechs Wochen für ein legales Arbeiten in Österreich besucht werden muss, gab es zu Beginn keine Termine, und Versuche, an eine telefonische Auskunft vom Gesundheitsamt in Salzburg Stadt zu gelangen, scheiterten oftmals. Sexarbeiter*innen berichten, dass Anrufe von nicht-österreichischen Telefonnummern gar nicht beantwortet wurden. Am Amt herrschen

immer noch große Unsicherheiten und Sexarbeitende berichten, dass sie widersprüchliche Informationen erhalten. Die Auswirkungen der Pandemie führen dazu, dass es aufgrund des Personalmanagements immer wieder zu Ausfällen der Pflichtuntersuchung kommt.

Des Weiteren wird die Beratungsstelle PiA von verunsicherten Sexarbeiter*innen konsultiert, die davon berichten, dass das Gesundheitsamt ihnen stets nahelegt, dass es bald wieder zu einem weiteren Lockdown kommen wird. Solch unbestätigte Aussagen von offizieller Seite setzen Sexarbeiter*innen zusätzlich unter Druck. Damit sind sie Kundenwünschen ausgeliefert, weil sie aufgrund des Drucks und der Angst um finanzielle Notlagen zu Risikoverhalten gezwungen werden.

Die Agent-Provokateurs-Aktivitäten (verdeckte Ermittlungen der Exekutive), die bereits vor der Pandemie grobe Menschenrechtsverletzungen darstellten, werden seit dem Lockdown im Übrigen verstärkt weitergeführt. Dies führte unter anderem dazu, dass eine Transperson abends nach einer Feier auf dem Weg nach Hause kontrolliert wurde und das Vorhandensein von Kondomen in ihrer Handtasche als Beweis für illegale Prostitution gewertet und bestraft wurde. Wichtig hierbei ist anzumerken, dass das Anbieten sexueller Dienstleistungen ein Verstoß gegen das Verwaltungsrecht ist, wie etwa das Parken an nicht vorgesehenen Stellen.

Seit dem Ausbruch der Pandemie gibt es eine verstärkte Nachfrage nach Online-Beratungen bei der Beratungsstelle PiA. Die bestehenden Personalressourcen reichen allerdings nicht aus, da die Anliegen der Beratung Suchenden deutlich komplexer und langwieriger zu bearbeiten sind. Die Beratungsstelle PiA wird sich jedenfalls weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Situation der Menschen-, Bürger*innen- und Frauenrechte der Sexarbeitenden innerhalb unserer Gesellschaft verbessert.

Christine Nagl/Dilara Akarcesme

Christine Nagl und **Dilara Akarcesme** sind Mitarbeiterinnen des Projekts PiA Streetwork bei Frau & Arbeit.

Projekt PiA, Tel.: +43 (0)664/ 2544445, Mail: projekt-pia@frau-und-arbeit.at, Web: www.frau-und-arbeit.at/index.php/beratung/streetwork-pia